

Hannes Androsch

Wie viele Reform(en) braucht der Standort Österreich?

Festrede

Verleihung des Horst Knapp Preises 2013 an Hanna Kordik
5.Juni 2014, Bank Austria Kunstforum, Wien

(Es gilt das gesprochene Wort!)

Österreich – eine Erfolgsgeschichte

Das heurige Jahr ist ein mehrfaches Erinnerungsjahr: vom Beginn des Wiener Kongresses vor 200 Jahren, über das folgenschwere Attentat auf den Thronfolger bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges vor hundert Jahren. Morgen, am 6. Juni, ist zudem der 70. Erinnerungstag der Operation „Overlord“, also der amerikanisch-britischen Invasion in der Normandie. Sie führte elf Monate später zunächst in unserem Weltteil zum Ende des Zweiten Weltkrieges. Nächstes Jahr am 15. Mai sind es 60 Jahre, dass der österreichische Staatsvertrag unterzeichnet wurde.

Meine Generation hat den Zweiten Weltkrieg noch bewusst miterlebt, war dann aber die erste Generation, die zum Unterschied von Eltern und Großeltern das Glück hatte, ihren Lebensweg in Frieden und Freiheit, bei steigenden Wohlstand und zunehmend größerer Wohlfahrt unter stabilen Verhältnissen und hoher Lebensqualität beschreiten und gestalten zu können.

Österreich wurde in der Zweiten Republik zur Erfolgsgeschichte. Warum? Weil wir nach den Zerstörungen und Opfern des Zweiten Weltkriegs die Chancen in einem wieder aufgerichteten Europa zu nutzen verstanden. Die amerikanische Hilfe und Gewährung von Sicherheit im Kalten Krieg sowie die zunehmende europäische Integration haben dafür die Voraussetzungen geschaffen, Österreich hat sie besonders erfolgreich genutzt. Es ist eines der wohlhabendsten Länder in Europa und in der Welt geworden. Auch die 2008 eingetretene Krise konnten wir vielleicht nicht so gut bewältigen wie die Schweiz, Deutschland oder Schweden, jedoch besser als die meisten anderen Länder. So gesehen sind wir gewiss nicht abgesandelt.

Zur Illustration seien dazu einige Beispiele angeführt: Österreichs Wirtschaftswachstum liegt seit über zehn Jahren kontinuierlich über dem Durchschnitt der Eurozone. Seit dem Jahr 2000 wuchs die österreichische Wirtschaft im Schnitt real um 1,5 Prozent pro Jahr. Das liegt zwar um gut einen Prozentpunkt unter den Wachstumsraten der beiden Dekaden davor, aber deutlich über jenen Westeuropas und Deutschlands. Im Vergleich dazu ist die europäische Wirtschaft lediglich um rund ein Prozent, die deutsche sogar nur um 0,9 Prozent gewachsen. Über die letzten zehn Jahre kumuliert ergibt das einen Wachstumsvorsprung Österreichs von fünf bzw. sieben Prozent. Das österreichische Wachstum kam damit fast an das US-amerikanische heran.

Im Ländervergleich weist Österreich eine hohe Beschäftigungsquote und steigenden Wohlstand auf. So zeichnet sich Österreich durch ein überdurchschnittlich hohes BIP pro Kopf wie eine überdurchschnittlich niedrige Arbeitslosigkeit aus, womit unser Land in diesen Bereichen weiterhin eine führende Position in Europa innehält. Gemessen am Pro-Kopf-Einkommen liegt Österreich in der EU an dritter Stelle und weltweit auf dem 11. Platz. Dieses Wachstum geht einher mit einer im internationalen Vergleich relativ geringen Einkommensungleichheit (gemessen am Gini-Koeffizient), substanziellen Umwelt-Standards und einer hohen Lebenserwartung.

Das renommierte US-amerikanische Magazin „Foreign Policy“ bezeichnete dies vor kurzem als „österreichisches Wunder“. Nun wissen wir natürlich, dass es Wunder bekanntlich eher selten gibt. Daher lässt sich auch das von Foreign Policy so bezeichnete „Geheimnis des österreichischen Erfolges“ lüften. Für die positive Entwicklung gibt es mehrere Gründe. Einer der Wichtigsten ist zweifellos die international konkurrenzfähige Industrie- und Tourismuswirtschaft mit ihren zahlreichen dynamischen Klein- und Mittelbetrieben, aber sicher auch unser leistungsfähige Landwirtschaft.

Wesentlich für den Erfolg war außerdem die Rückkehr Österreichs zur dynamischen Mitte Europas nach dem Fall des Eisernen Vorhangs. Die Bedeutung und Wichtigkeit dieser Integration unseres Landes in der Europäischen Union wird leider immer noch unterschätzt. Sie beschränkt sich nämlich nicht allein auf wirtschafts- und finanzpolitische Aspekte, sondern hat vor allem auch eine sicherheits- und außenpolitische Dimension, wie in den Zeiten des Zerfalls von Jugoslawien vor zwanzig Jahren bereits deutlich wurde, aber auch heute angesichts der Krise in der Ukraine offensichtlich ist. Immerhin liegt Kiew geografisch genauso nahe zu Wien wie Paris.

Nicht zu vernachlässigen ist aber auch die Tatsache, dass sich Österreichs wissenschaftliche und technologische Leistungsfähigkeit seit den 1980er Jahren kontinuierlich gesteigert hat. Eine Vielzahl an Analysen bescheinigt dem österreichischen Innovationssystem eine stetig verbesserte Performance, die sich auch in einem gesteigerten Output niederschlägt. Betrachtet man etwa wissens- und technologiebasierte Exporte, so zählt Österreich zu den führenden Ländern der Welt. Der Beitrag mittlerer und hochtechnologischer Produkte zur Handelsbilanz ist in Österreich überdurchschnittlich hoch und liegt in etwa auf gleicher Höhe mit den Werten Deutschlands oder der Schweiz. Dank dieser beachtlichen Exportleistungen, vor allem aus dem industriellen Bereich mit einem Volumen von rund 125,4 Milliarden Euro – wozu noch industrienaher Dienstleistungsexporte im Ausmaß von etwa 50 Milliarden dazukommen – erfreuen wir uns schon seit geraumer Zeit eines deutlichen Leistungsbilanzüberschusses. Umso wichtiger ist die Sicherung und der Ausbau unserer industriellen Basis. Eine Folge davon ist unter anderem eine Rekordzahl an Erwerbstätigen.

Und dennoch: Da ist was faul im Staate Österreich

Doch es wäre nicht Österreich, gäbe es bei all diesen Erfolgsmeldungen nicht auch einige Schattenseiten. Die „Neue Zürcher Zeitung“ hat dies kürzlich treffend auf den Punkt gebracht: „Österreich ist ein Land der Paradoxa.“ Und nicht zu Unrecht: steht der skizzierten Erfolgsgeschichte und der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit doch eine mangelnde Reformbereitschaft im öffentlichen Sektor und eine erstarrte politische Verantwortungsebene insbesondere im Bildungsbereich gegenüber. Im Übrigen ist auch die Wirtschaftskrise, die verschiedene Ursachen aufweist, längst nicht überwunden, wie das anämisch verhaltene Wachstum, der deutliche Anstieg der Arbeitslosigkeit als Folge oder die Schieflage der öffentlichen Finanzen deutlich machen.

Dabei geht es um Grundsätzliches: Aufgabe der Politik ist es, die Zukunft erfolgreich zu gestalten. Unsere eigene Erfolgsgeschichte soll uns das Selbstvertrauen vermitteln, auch neue Herausforderungen zu bewältigen und dazu erforderliche Aufgaben zu erfüllen. Mit Selbstzufriedenheit oder – noch viel gefährlicher – Selbstgefälligkeit, bei der man den Kopf in den Sand steckt, wird dies allerdings nicht gelingen können. Vielmehr ist es

notwendig und inzwischen überfällig, den Schwächen ins Auge zu sehen und die entstandenen und aufgestauten Probleme zu lösen. Mit Schönreden oder Gesundbeten ist dies genauso wenig zu erreichen, wie mit kleinen Trippelschritten, punktueller Kesselflickerei oder politischer Ausrichtung auf punktuelle Maßnahmen von Robin Hood-Populismus nach dem aufwendigen Gießkannenprinzip. Es kann auch nicht erreicht werden mit Weiterwursteln und Durchfretten. Man kann nicht ewig die Probleme vor sich herschieben - wie ein Schneepflug den Schnee vor sich herschiebt, bis er darin stecken bleibt. Dann hat man die Zukunft verspielt. Statt umfassende Reformen einzuleiten wird schon seit längerer Zeit mit Placebos symptomtherapeutisch agiert, von einer zukunftsgestaltenden Therapie kann jedoch keine Rede sein.

Im Gegenteil: Wir laufen Gefahr, gegenüber den Besten, und da meine ich vor allem Deutschland, die Schweiz und Schweden oder Südkorea oder Singapur, deutlich an Boden zu verlieren. Statt zum Spitzenfeld aufzuschließen, haben wir Boden verloren und sind wir mit rückläufiger Tendenz im Mittelfeld stecken geblieben, sei es nun bei der Wettbewerbsfähigkeit, der wirtschaftlichen Freiheit, der Innovationsdynamik, der Gesamtsteuerbelastung oder den Lohnnebenkosten. Überdurchschnittlich steigende Arbeitskosten bei gleichzeitig zu geringer Produktivitätssteigerung und ungenügender Innovationsdynamik machen es heimischen Unternehmen zunehmend schwieriger, sich im internationalen Wettbewerb zu behaupten.

Die Pensionsaufwendungen steigen ebenso wie die Steuerbelastungen, und dann werden auch noch in geradezu inflationärer Weise alle möglichen neuen Steuern ohne Rücksicht auf tatsächlichen fiskalischen Ertrag oder allfällige Steuerwirkungen gefordert.

Dabei liegt die Höhe der Steuerbelastung bereits auf Rekordniveau – insbesondere im steuerpflichtigen Einkommensbereich zwischen 1.180,- Euro und der Höchstbemessungsgrundlage von 4.350,- Euro monatlich. Hier herrscht eine irrwitzige kalte Progression, die zu einer aberwitzigen heißen Steuerbelastung führt, mit der die Einkommenssteigerungen weggesteuert werden. Auf der anderen Seite zahlen alle jene mit weniger als 1.180,- Euro – und das ist nicht ganz die Hälfte der Erwerbstätigen – diesbezüglich überhaupt keine Steuer. Die nahezu 70 Ausnahmen und Begünstigungen des §3 Einkommenssteuergesetz schaffen weitere Ungleichheiten. Diese Personen haben daher auch von aufwendigen fehlsteuernden Steuerbegünstigungen wie dem Pendlerpauschale überhaupt keinen Nutzen. Ähnliches gilt für eine Vielzahl der

aufwendigen Förderungen und Subventionen, die Milliarden kosten und meist als Fehlanreize nichts wirklich Sinnvolles bewirken.

Wir haben also eine der höchsten Gesamtsteuerquoten der Welt, sind das zweitreichste Land in der EU, haben aber aufgrund der enormen Staatsverschuldung kein Geld für die Zukunftsaufgaben und sind völlig reformunfähig. Das bewirkt eine grobe Generationenungerechtigkeit und erinnert an einen hoch verschuldeten Bauern, der kein Saatgut mehr kauft, daher nicht aussät, deshalb keine Ernte einbringt und mit seiner Familie verhungert. Wer heute nichts sät, wird morgen nichts ernten. Im Übrigen ist erklärungsbedürftig, wieso wir bei Rekordsozialausgaben weiterhin Armut beklagen müssen. Da ist einiges faul im Staate Österreich.

Wir leben in Zeiten rasanter Veränderungen und tiefgreifender Umwälzungen. Dies hätte längst entsprechende Anpassungen erfordert. Leider sind diese nicht geschehen, sondern in einem „gridlock“, also der Lähmung unserer verkrusteten Machtstrukturen, hängen geblieben. So ist es nicht verwunderlich, dass unser Wirtschaftsstandort an Attraktivität verloren hat, unsere Wettbewerbsfähigkeit geringer geworden und die Innovationsdynamik gesunken ist. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ hat treffend formuliert. Sie nennt Österreich einen „robusten Zwerg mit Bürokratieballast“, dessen wirtschaftliche Leistungsfähigkeit durch „mangelnden Elan“ bei Strukturreformen seit Jahren „ausgebremst“ wird. Tatsächlich zeigt ein Vergleich aller einschlägigen Länderrankings, dass die österreichische Entwicklung in einzelnen, die Wettbewerbsfähigkeit treibenden Bereichen wie etwa Bildung, öffentliche Finanzen, Regulierung etc. in den letzten Jahren die Dynamik beeinträchtigt haben.

Die österreichische Wirtschaftskammer hat in ihrem „Monitoring Report 2014“ über 120 internationale Rankings zu allen volkswirtschaftlich und gesellschaftlich relevanten Themen zusammengestellt. Fazit der Analyse: Seit 2005 sinkt die österreichische Wettbewerbsfähigkeit im globalen Vergleich. Lag man 2005 noch unter den Top 20 Prozent, so befindet sich Österreich 2014 nur mehr knapp im vorderen Drittel aller Länder. Der Report fasst das lapidar wie folgt zusammen:

„A slight deterioration unfortunately seems to have occurred“.

Freilich gibt es durchaus handfeste Gründe für diese Entwicklung, denn ein über Jahre zu beobachtender Rückfall in allen internationalen Rankings passiert ja nicht von ungefähr so. Im Gegenteil: Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass in der

Politik der Horizont nur bis zum eigenen Schrebergartenzaun reicht. Diese Kurzsichtigkeit führt dazu, dass sich nichts ändert. Und das hat natürlich Folgen für die internationale Positionierung Österreichs.

Erst vor wenigen Tagen wurde etwa der aktuelle „World Competitiveness Report 2014“ des renommierten Lausanner Instituts für Management-Entwicklung (IMD) publiziert. Österreich schaffte es auf Rang 22. Die beste Platzierung erzielte es im Jahr 2007 mit Platz 11, ab dann ging es kontinuierlich bergab. Zwar hat sich die Platzierung gegenüber dem Vorjahr um einen Platz leicht verbessert. Die heimische Politik hat dazu allerdings nicht allzuviel beigetragen, denn die Kompetenz der Regierung und die Qualität der Corporate Governance werden kaum als wichtiger Faktor für die heimische Wettbewerbsfähigkeit gesehen. Die größten Verbesserungen im Vergleich zum Vorjahr lieferten eindeutig die Unternehmen. Während die Leistungsfähigkeit der heimischen Volkswirtschaft durchwegs besser benotet wurde und gleich um fünf Plätze auf Rang 17 kletterte, schaffte die Regierung nur eine minimale Verbesserung von Platz 37 auf 36. Besonders schlecht bewertet wird die heimische Budgetpolitik. Hier landet Österreich nur auf Platz 58 unter den 60 untersuchten Ländern. Die größten Hemmnisse sind demnach die reale Steuerbelastung, die Alterung der Bevölkerung und die Finanzierung der Pensionen. Die effektive Steuerbelastung für Arbeitseinkommen wird überhaupt in keinem anderen Land schlechter bewertet.

Am besten bewertet wird die Produktivität und Effizienz der Unternehmen. Hier landet Österreich auf dem 9. Platz. Beim internationalen Handel kletterte Österreich gar vom 22. auf den zehnten Platz nach oben. Auch die Kapitalflüsse aus dem Ausland, die stärkere Kapitalisierung der Wiener Börse, die gut ausgebildeten Fachkräfte im Land, das hohe Bildungsniveau, ein effektives Rechtsumfeld und gute Arbeitsbedingungen werden von den Studienautoren positiv beurteilt. Die größten Herausforderungen für Österreich sieht das Lausanner Institut allesamt im Bereich der Politik: Das tatsächliche Pensionsantrittsalter müsse steigen, Energiekosten müssten sinken, das Steuersystem und die Verwaltungsstrukturen reformiert sowie Engpässe in der höheren Schulbildung endlich gelöst werden, weil wir das Bildungsniveau seit geraumer Zeit abbauen. Soweit zur Situation in Österreich, die man mit einem Wort charakterisieren kann: Reformstau.

Die Schlussfolgerung ist so einfach wie einleuchtend: Wollen wir Arbeitsplätze erhalten und Wohlstand sichern, brauchen wir Wachstum und die dafür notwendige, sich vergrößernde industrielle Basis. Dafür sind qualifizierte Mitarbeiter und

Innovationsdynamik ebenso notwendig wie der Abbau hemmender, oft widersprüchlicher Regulierungen mit überzogener Steuerbelastung sowie hinreichende Finanzierungsmöglichkeiten.

Nur als Beispiel: der zurückliegende ebenso wenig wie der künftige Finanzierungspfad für Forschung und Innovation gewährleistet dies nicht. Vielmehr wird in den nächsten Jahren die Forschungsquote sinken, sich die Innovationsdynamik weiter verlangsamen und damit das Strategieziel der Bundesregierung mit einer Forschungsquote von 3,76 im Jahr 2020 von den Innovations-Followern in die Gruppe der Innovations-Leader vorzustoßen, verfehlt werden. Dies ist damit überdies ein Beispiel für die falsche Prioritätenstruktur unseres Staatshaushaltes.

Dass es auch anders geht, zeigen Länder in unserer unmittelbaren Nachbarschaft. So konnte sich die Schweiz erneut auf Platz 2 behaupten, nur knapp geschlagen von den USA, die im IMD-Ranking ihre Spitzenposition als wettbewerbsstärkstes Land verteidigten. Deutschland, das noch vor wenigen Jahren als „kranker Mann Europas“ bezeichnet wurde, stieß weiter vom 9. auf den 6. Platz vor und liegt nur marginal hinter den fünftplatzierten Schweden zurück.

Vor allem die Schweiz hat es in den letzten Jahren durch gemeinsame Anstrengungen aller Verantwortlichen geschafft, sich zu einem Innovationsland der Spitzenklasse zu entwickeln. Hierzu hat die schweizerische Wirtschaft, die sich von der weltweiten Konjunkturabkühlung nach 2008 überraschend schnell und kräftig erholen konnte, ebenso ihren Teil beigetragen wie die Politik mit ihren Weichenstellungen in den Bereichen Bildung, Forschung Gesundheit und Pensionen. So verwundert es nicht, dass die Schweiz auch in diversen Rankings zu Lebensstandard, sozialer Situation oder Einkommensverteilung sehr gut abschneidet, was die Neue Zürcher Zeitung dazu veranlasst hat, die Schweiz als „Insel der Glückseligen“ zu bezeichnen. Dennoch macht man sich in der Schweiz Gedanken über die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit und Erhaltung des Erfolgsmodells. Um wieviel mehr haben wir Grund uns Sorgen zu machen, nicht tatsächlich abzusandeln.

Im „Innovation Union Scoreboard 2014“ – einem jährlichen Ranking der EU, das diverse Indikatoren für die Innovationsperformance kompiliert – wird die Schweiz folgerichtig zum wiederholten Mal als innovativstes Land ausgewiesen. Lediglich in vier der 25 Indikatoren liegt die Schweiz nicht über dem Durchschnitt der EU-28. Vor allem in ihrem Wachstum, ihrer Innovationsdynamik und in ihrem wissenschaftlichen Output übertrifft sie

jedoch die Mitgliedstaaten der EU bei weitem. Österreich hingegen ist im Innovation Union Scoreboard 2014 zum vierten Mal in Folge zurückgefallen und liegt nun nach Platz sechs auf dem zehnten Platz im Ranking der EU-28 und auf dem zwölften Platz im Ranking aller Länder Europas.

Alle internationalen Rankings und Analysen zeichnen dabei ein übereinstimmendes Bild: Es besteht hierzulande offensichtlich ein Governance-Gap und ein ungenügendes Public Management mit der Folge, dass Österreich eine mit 45,5 Prozent um 5 Prozentpunkte höhere Abgabenquote hat als der EU-Durchschnitt oder Deutschland und eine um 7 Prozent höhere als die Schweiz. Dennoch wird damit nicht das Auslangen gefunden. Im Übrigen haben wir dazu noch hohe Regulierungs- und Bürokratiekosten.

Österreich leistet sich also einen „hypertrophen“ und teuren geschützten öffentlichen Sektor, der sich allen Reformanstrengungen verschließt. Am Beispiel des Bildungssystems lässt sich das gut darstellen: Trotz der Abschaffung der Bezirksschulräte mit der Schulverwaltungsreform 2013 sind neben den einzelnen Schulleitungen auch noch die Schulabteilungen der Ämter der Landesregierung, die neun Landesschulräte sowie zu guter Letzt der Bund bzw. das Ministerium für das Bildungswesen mitverantwortlich. Dass das kostenaufwendig und nicht unbedingt förderlich ist, liegt auf der Hand.

Die OECD hat auf Basis ihrer Bildungsstudien mehrmals darauf hingewiesen, dass das österreichische Bildungssystem vor allem durch ineffiziente Strukturen und eine hohe soziale Selektion geprägt ist. So wird zwar viel Geld in das Bildungswesen investiert, doch aufgrund bürokratischer Reibungsverluste kommt im Unterricht der Schulen nur die Hälfte davon an. Zudem finden diese Investitionen keinen entsprechenden Niederschlag in den Leistungen der SchülerInnen – ein Umstand, der vor allem damit zusammenhängt, dass sogenannte bildungsferne Schichten in Österreich nur unzulänglich an Bildung teilhaben. Oder drastisch formuliert: Bildung wird in Österreich vererbt. Ein Kind aus einem Akademikerhaushalt wird mit überdurchschnittlich höherer Wahrscheinlichkeit ein Studium absolvieren als ein Kind aus einer Arbeiterfamilie. Dies führt nicht zuletzt dazu, dass Österreich im OECD-Vergleich eine niedrige Hochschulzugangsquote aufweist und weniger AkademikerInnen als vergleichbare Länder produziert und es überhaupt an lehrausbildungsfähigen Jugendlichen und qualifizierten Personal mangelt.

Das Problem dabei ist, dass in einer globalen Wissensgesellschaft ohne hochwertiges Bildungssystem langfristig die Wettbewerbsfähigkeit nicht gewährleistet werden kann.

Außerdem gibt es ohne Chancengleichheit und Durchlässigkeit im Bildungswesen keine Generationen- und Verteilungsgerechtigkeit. Die soziale Selektivität des Bildungssystems hat aber noch eine weitere Dimension: MigrantInnen weisen auch in der zweiten und dritten Generation meist signifikant schlechtere Bildungsniveaus als Nicht-MigrantInnen auf, nicht zuletzt aufgrund von Sprachbarrieren. Das hat zur Folge, dass verfügbare Potenziale und Qualifikationen von Zugewanderten in zu geringem Ausmaß entwickelt und im Arbeitsmarkt zu wenig genutzt werden. Der Bevölkerungswissenschaftler Wolfgang Lutz kommt deshalb zum Schluss, dass eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Arbeitskräfte nur durch eine Kombination aus qualifizierter Zuwanderung und einer Bildungsoffensive für die bereits in Österreich wohnhafte Bevölkerung erreicht werden kann. Und dass es dabei nicht nur um reines Faktenwissen geht, sondern letztlich um die Schaffung einer neuen Bildungskultur, einer Haltung zur Bildung, die die Lust am Lernen kultiviert, wird von mehreren Seiten betont.

Zusätzlich dazu, dass verfügbare Qualifikationen von MigrantInnen in zu geringem Ausmaß entwickelt und genutzt werden, verzichtet Österreich nach wie vor auf die Potenziale eines weiteren Teils seiner Bevölkerung: Die Erwerbsquote von knapp 75 Prozent ist im Vergleich mit anderen Ländern niedriger. So weisen etwa Schweden mit über 80 Prozent und die Schweiz mit mehr als 83 Prozent deutlich höhere Erwerbsquoten auf. Dies ist nicht zuletzt auf die mit rund 70 Prozent niedrigere Frauenerwerbsquote bei hohem Teilzeitanteil in Österreich zurückzuführen. Diese liegt in der Schweiz bei 77,2 und in Schweden bei 77,9 Prozent. Weit unterdurchschnittlich ist überdies der Erwerbsanteil der 55 – 64jährigen.

Ein weiteres in Österreich gravierendes Problem ist der Föderalismus. Das Schlagwort von der Staats- und Verwaltungsreform kursiert in der politischen und öffentlichen Diskussion seit Jahren. Zahllose Experten haben mit Vorschlägen aufhorchen lassen und der Rechnungshof hat mehrere Berichte dazu vorgelegt. Allein, es bewegt sich nichts. Und dies, obwohl der Föderalismus in seiner derzeitigen Form kostspielige und ineffiziente Parallelstrukturen verursacht. Diese äußern sich beispielsweise in unterschiedlichen Bundes- und Landesgesetzgebungen für Raum- oder Bauordnung, einer Vielzahl von unterschiedlich effizienten Sozialversicherungsträgern, Doppelgleisigkeiten bei Förderungen, einem unsystematischen Zugang bei Infrastrukturprojekten oder der bereits skizzierten kostenaufwändigen Organisation der Schulverwaltung.

Ähnlich argumentieren die EU-Kommission, der Internationale Währungsfonds oder die OECD. Diese Institutionen fordern Österreich seit längerem auf, eine effektive Staats- und Verwaltungsreform im öffentlichen Sektor in Angriff zu nehmen sowie die hohen Transferleistungen von 34 Prozent und die Subventionsquote von 5,4 Prozent auf ein vernünftiges Maß zu reduzieren. Schließlich erfordert deren Finanzierung eine überdurchschnittlich hohe Steuerquote, aber dennoch werden wichtigen Zukunftsbereichen wie Bildung, Forschung und Innovation dringend erforderliche Mittel vorenthalten und trotzdem steigt die Staatsverschuldung.

Obwohl seiner überdurchschnittlich hohen Ausgabenquote weist der öffentliche Sektor eine große und steigende Staatsverschuldung auf. Der EU-Stabilitätspakt sieht eine Verschuldungsgrenze von höchstens 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts vor. Österreich liegt laut Statistik Austria mit offiziell 73,4 Prozent jedoch deutlich darüber. Tatsächlich ist die Quote in Folge der Ausgliederungen von ÖBB, ASFINAG, BIG etc. sowie durch zusätzliche Kosten des Familienlastenausgleichs oder der Bankenrettung deutlich höher.

Und damit sind wir bei der Hypo Alpe Adria. Sicher ist diese alles andere als hilfreich. Aber man kann sich auch nicht dauernd auf sie ausreden. Da macht man es sich zu leicht. Abgesehen davon, dass man die teuerste Lösung gewählt hat und inzwischen fünf Jahre hindurch nichts getan hat, ist die Grundfrage eine andere: Warum kommt Österreich trotz der hohen Steuerbelastungen und steigenden Staatsverschuldung als eines der elf wohlhabendsten Länder der Welt mit seinen Einnahmen nicht aus? Wieso schaffen das Länder wie die Schweiz, Schweden oder Deutschland mit deutlich geringerer Steuerbelastung um Vieles besser? Es kann doch nur heißen, dass wir in geradezu missbräuchlicher Weise mit den Steuermitteln umgehen - ohne auch nur den Funken eines Gedankens darauf zu verwenden, was dies für unsere Nachkommen bedeutet. „Wirkungsorientierte Folgeabschätzungen“ müssen anders ausschauen. Bei dieser Form von grob fahrlässiger Vernachlässigung der Generationengerechtigkeit klingt es wie höhnische Heuchelei, wenn von mehr Gerechtigkeit gesprochen wird - frei nach Nestroy:

"Was hat denn die Zukunft schon für mich getan? Nichts! Und genau das tue ich für sie." Also hinter uns die Sintflut! Einige solche Zukunftsvergessenheit darf nicht hingenommen werden.

The Big Bargain

Die beschriebenen Schwachstellen lassen sich weder durch überzogene Regulierungen noch durch Steuererhöhungen beheben, noch weniger aber durch realitätsverweigernde Vogel-Strauß-Politik Veränderungsaversion oder gar Reformzölibatismus. Aber auch eine Politik der kleinen Schritte bringt uns jetzt nicht mehr weiter und ist damit letztlich zum Scheitern verurteilt. Dies lässt sich anhand eines Beispiels sehr eindringlich darstellen, nämlich an unserem derzeit bestehenden Pensionssystem und den bisher getätigten sogenannten „Reformen“.

Schon seit Langem gibt es Bemühungen zur Einhaltung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters. Geht es aber in dem bisherigen „Reformtempo“ weiter – nur zur Illustration: von 2005 bis 2013 wurden 0,3 Jahre aufgeholt, ist aber die Lebenserwartung um 15 Monate gestiegen! – dann brauchen wir bis zur endgültigen Verwirklichung dieser Reform noch fast 30 Jahre! Und hierbei sind die durch die immer weiter steigende durchschnittliche Lebenserwartung der Menschen noch hinzukommenden Belastungen des Pensionssystems noch gar nicht in den Reformbedarf einberechnet.

Ein anderes ebenso eindringliches und in seinen Auswirkungen vielleicht noch viel dramatischeres Beispiel ist die bereits vorhin gestreifte Bildungspolitik in diesem Land. Wie bereits erwähnt leidet Österreich seit Jahrzehnten an einem veralteten und verkrusteten Bildungssystem. Und wenn es auch durchaus den guten Willen von manchem Akteur bzw. mancher Akteurin für Verbesserungen gab, so scheint der Bereich der Bildungspolitik insgesamt doch eines der letzten Terrains eines „Kulturkampf“ zu sein. Nirgends sonst stehen einander immer noch so unversöhnlich ideologisch geprägte Vorstellungen gegenüber, ohne dass auch nur ansatzweise darüber nachgedacht wird, wo die tatsächlichen Herausforderungen für unser Bildungssystem liegen. Und so kommt es, dass immer noch Inhalte, Rhythmen und Unterrichtsmethoden vorherrschen, die teilweise im 18. Jahrhundert konzipiert worden sind - und dies in einer Zeit zunehmender Digitalisierung aller Lebens- und Arbeitsbereiche. Unser Bildungssystem ist aus der Agrarzeit noch nicht im Industriezeitalter geschweige dem digitalen Zeitalter angekommen.

Andreas Schleicher, der Erfinder und Entwickler der PISA-Tests, meinte: „All jene Arbeitsvorgänge, die man heute in zwei bis drei Sätzen beschreiben kann, werden schon in wenigen Jahren durch Algorithmen erfasst und dann automatisiert werden.“
Hierzulande werden Kinder und Jugendliche aber immer noch Großteils zu braven

SachbearbeiterInnen ausgebildet, die nur wiedergeben sollen bzw. dürfen, was zuvor in sie eingetrichtert wurde.

Die notwendigen Reformen scheiterten bislang an einer Machtmauer der Ignoranz bestimmter Interessengruppen, die mit der Verteidigung des bestehenden Systems ihre Privilegien in Beton gießen möchten. Die Interessen der Schüler und Eltern bleiben dabei außen vor, aber auch jene der Wirtschaft, die immer lauter Klagen über immer gravierender werdende Mängel beim Ausbildungsniveau von Schulabgängern führt. Um dies zu verändern, braucht es nicht das Drehen an ein paar Schrauben im System. Tatsächlich braucht es ein NEUES System!

Johann Wolfgang Goethe meinte dazu:

„Was du ererbt von deinen Vätern hast, erwirb es, um es zu besitzen.“

Mit anderen Worten: Was uns einfach in den Schoß fällt, wird von uns zumeist nicht in der Form geachtet wie das, was wir selbst uns erarbeiten mussten. In diesem Sinn müssen wir auch mit dem umgehen, was die Generationen vor uns aufgebaut haben. Dies bedeutet jedoch nicht einfach ein starres Festhalten am Übernommenen, sondern ein Anpassen an die Erfordernisse einer neuen Zeit. Ohne tief greifende und auch zügige Reformen samt Überdenken und Neuausrichtung der Prioritäten im Budget drohen wir ansonsten tatsächlich abzusandeln. Was wir jetzt brauchen – und tatsächlich JETZT, denn bald ist es zu spät – ist ein nationaler Schulterschluss über die Parteigrenzen hinweg, ein Schulterschluss zwischen der Bundesregierung, den Landeshauptleuten und den Vertretern und Vertreterinnen der Sozialpartner, aber auch der Opposition. Das ist ein budgetsanierendes und wachstumsförderndes Gesamtkonzept.

Dafür braucht es klare Ziele. Für diese findet sich dann ein Weg, wenn entsprechender Mut und Entschlossenheit zur Anwendung kommen. Dazu wird es aber notwendig sein, dass ein „Hauruck“ durch unser Land geht. Verhinderungen und Blockaden müssen beseitigt, Lethargie und Resignation überwunden werden – ansonsten werden wir gegen die Wand knallen.

Als wir im Jahr 1964 eine vergleichsweise geringe Konjunkturdelle erlebten, haben sich Ökonomen aus verschiedensten Interessensbereichen zusammengetan, diese Schwäche zu überwinden. Horst Knapp hat diesen Bemühungen eine mächtige und einflussreiche mediale Stimme verliehen. Herausgekommen ist ein sehr rasch erfolgreicher Big Bargain und eine ganze Reihe erfolgreicher Konjunkturjahre.

Auch heute brauchen wir wieder einen solchen „BIG BARGAIN“!

Dazu muss dann auch gehören, dass wir sicherstellen, einen der Realwirtschaft verbundenen leistungsfähigen Bankensektor zu haben, der entsprechende Kredite bereitzustellen vermag. Die Widersprüche zwischen Basel III, EZB-Politik und überzogener Bankenbesteuerung, die zu einer Kreditklemme, jedenfalls aber Kreditverteuerung führen, müssen überwunden werden. Ebenso notwendig ist auch, dass nicht über eine Fehlentwicklung des strafrechtlichen „Untreue-Tatbestandes“ eine grundlegende lähmende Änderung unserer Wirtschaftsordnung herbeigeführt wird. Zudem müssten sich Regierung, Bundeshauptleute, Kommunalrepräsentanten und die Spitzen der Interessensvertretungen zusammenfinden, um im Schulterschluss einen ausgewogenen reformfreudigen und wirkungsvollen Wachstumspakt zu schließen und in einem Big Bargain umzusetzen. Zur zusätzlichen Legitimation wäre eine Volksbefragung zu erwägen.

Weiters gehört dazu die Sanierung der öffentlichen Haushalte, vor allem des Bundesbudgets, auf das ein Anteil an den Staatsausgaben von rund 50 Prozent entfällt. Das heißt, man sollte zunächst den Mindestbedarf auf einige Jahre verteilt für die Zukunftsbereiche festlegen. Das müssen sein: Bildung, Unis, Forschung, Infrastruktur, Landesverteidigung. Auch sollte man konkrete Vorgaben für die Reduzierung der Schulden und der Steuerbelastung fixieren. Das ergibt einen konkreten Bedarf, der anderswo auf einige Jahre verteilt eingespart werden muss.

Einsparungspotential gibt es dabei vor allem im Pensionsbereich. Dieser muss aus mehrfachen und oftmals schon diskutierten Gründen der geänderten Lebenserwartung angepasst werden. Damit könnte das Budget wesentlich entlastet werden. Außerdem würden dem Arbeitsmarkt wichtige Kräfte und Erfahrungswisdom erhalten bleiben. Der kostenaufwendige Ersatz des Pensionssystems über Frühpensionierungen Arbeitsmarktpolitik zu betreiben, ist ein Irrweg. Die 650.000 Frühpensionierungen insbesondere durch die fehlerhafte Hacklerregelung, sind besonders ausgeprägt im öffentlichen Dienst, der insgesamt ein noch früheres Pensionsantrittsalter als das insgesamt schon zu niedrige aufweist. Dies stellt eine Vergeudung von Arbeitskraftpotential und Erfahrungswisdom dar und ist eine budgetaufwendige beträchtliche versteckte Arbeitslosigkeit. Sie ist wohl auch durch einen zu steilen altersbezogenen Anstieg der Einkommen, einem Fehlanreiz, vermischt. Wollen wir Arbeitsplätze erhalten und Wohlstand sichern, müssen wir unsere industrielle Basis

absichern und ausbauen. Dies erfordert qualifizierte Mitarbeiter, Innovationsdynamik und Abbau hemmender Regulierungsdichte und Steuerbelastung sowie wettbewerbsfähige Arbeits- und Lohnstückkosten. Dies wird beispielsweise durch den bisherigen und künftigen Finanzierungspfad für die Forschung nicht gewährleistet. Vielmehr wird die Forschungsquote sinken, die Innovationsdynamik sich weiter verlangsamen und damit das Strategieziel der Bundesregierung verfehlt werden.

Eine Subventionsquote von 5,4 % des BIP, die auf über 500 Förderungsprogramme verteilt, die doppelt so hoch ist, wie der EU-Durchschnitt, das sind allein rund 8 Mrd. Euro, ist durch nichts zu rechtfertigen und stellt ein riesiges Einsparungspotenzial dar. Die Kosten von fast zwei Mrd. für kaum wirkungsorientierte Umschulungen von rund 80.000 Personen sind fast so viel wie das Gesamtbudget aller 22 Universitäten mit etwa 300.000 Studenten, von denen allerdings ein Drittel keine Prüfungen macht und 50 Prozent nach zehn Jahren keinen Abschluss erreichen.

Das entscheidende Reformfeld ist allerdings der Bildungssektor: von der Volksschule über die verschiedenen Schulstufen bis zu den Fachhochschulen und Universitäten. Dabei geht es um Chancengleichheit, um die Förderung der Fähigkeiten aller Kinder und um die Vermittlung von Qualifikationen, die der geänderten Arbeitswelt und ihren Anforderungsprofilen im digitalen Zeitalter entsprechen.

Schon überlang ist unser Bildungssystem nicht auf dem Höhepunkt der Zeit. Während sich Deutschland seit 2000 in den internationalen Bewertungen verbessern konnte, sind wir weiter zurückgefallen. Unser System ist weltweit eines der teuersten, erbringt aber nur eines der schlechtesten Ergebnisse. Es entspricht in keinsten Weise den gesellschaftlichen Veränderungen bei einer 70-prozentigen Frauenerwerbsquote, aber auch nicht neuesten pädagogischen Erkenntnissen. Es wurden zwar unzählige Schulversuche vorgenommen, zu umfassenden Reformen ist es aber bis heute nicht gekommen, weil eine solche stets im Netzwerk von Partikularinteressen oder politischen Machtinteressen hängen geblieben ist. Damit wurden insbesondere Interessen unserer Jugend aber auch der berufstätigen Mütter vernachlässigt sowie die ebenso wertvolle wie schwierige Aufgabe der Lehrerschaft erschwert und ihr Ansehen beeinträchtigt. Überdies benötigt den jüngsten Erhebungen zufolge bereits jedes fünfte Kind aufwendigen Nachhilfeunterricht. Unnötig zu erwähnen, dass damit eine zusätzliche Beeinträchtigung der Chancengleichheit einhergeht.

Wir haben eine der höchsten pekuniären Familienförderungen und dafür inzwischen ein eigenes Ministerium, das aber viel zu wenig Ganztagsbetreuungsmöglichkeiten und verschränkte Ganztagschulen in Schulzentren anbietet.

Die Schweiz oder Deutschland kommen mit einer viel schlankeren Verwaltung besser und kostengünstiger aus als wir. Österreich ist überreguliert und überbürokratisiert. Eine Staats- und Föderalismus- sowie Verwaltungsreform zur Beseitigung der Überschneidungen, Zersplitterungen und Parallelstrukturen ist längst überfällig. Die Stellhebel sind auf der Bildungsseite, bei den Arbeitskosten, in einer erträglichen Steuerbelastung – also mehr Netto vom Brutto, denn Leistung muss sich wieder lohnen – und in der dringend notwendigen Steigerung der Innovationsdynamik zu finden. Nur so können die Beschäftigung ausgebaut und breiter Wohlstand und Wohlfahrt gesichert werden. Und nur so werden wir das lähmende und tatsächlich beschämende Dickicht der Partikularinteressen in diesem Land überwinden können und Österreich resilient gegenüber allen absehbaren Herausforderungen und damit auch zukunftsstark machen.

Um abschließend nochmals mit Goethe zu sprechen:

„Der Worte sind genug gewechselt, lasst uns auch endlich Taten sehen!“

„Österreich über alles, wenn es nur will“ meinte Otto von Hörnigk. Das Wollen und das Tun wird uns aber niemand abnehmen.